

**Antworten der
Christlich Demokratischen Union Rheinland-Pfalz
auf die Wahlprüfsteine
des Landfrauenverbands Pfalz e.V.**

1. Gleichstellung der Frau – nicht nur auf dem Gehaltszettel, sondern auch im Beruf (Karriere), bei der Rente etc.

1.1. Mit welchen Konzepten treten Sie an, um die Gleichstellung und die Absicherung der Frauen im Alter voranzutreiben?

Antwort auf Frage 1.1.

In allen Lebensbereichen prägen Frauen heutzutage unser Land mit: In Wirtschaft, Gesellschaft, Ehrenamt und Politik. Ihre völlige Gleichstellung ist trotzdem noch nicht überall erreicht. Unter CDU-Regierungsverantwortung wurden seit 2013 die sogenannte Frauenquote für Frauen in Führungspositionen in der Wirtschaft, das Entgelttransparenz-Gesetz und die Novellierung des Mutterschutzgesetzes verabschiedet.

In der neuen Wahlperiode werden wir die Gleichstellung in Führungspositionen im öffentlichen Dienst entschlossen vorantreiben – bis spätestens 2025 wollen wir sie abschließend erreicht haben.

Was die Absicherung im Alter angeht, so haben wir in der Mütterrente einen weiteren rentenpunkt für Kinder eingeführt, die vor 1992 geboren wurden. Dies bedeutet eine Rentensteigerung um rund 30 Euro je Kind für knapp 10 Millionen Mütter bundesweit.

1.2. Wo sehen Sie Möglichkeiten, die Frauen aus der „Teilzeitfalle“ zu befreien?

Antwort auf Frage 1.2.

Um die Rückkehr in berufliche Vollzeit-Arbeit zu erleichtern, wollen wir künftig in betrieblen ab einer bestimmten Größe einen Anspruch auf befristete Teilzeit schaffen. Mit den Sozialpartnern werden wir zügig über Art und Inhalt der Regelung sprechen.

2. Bleibeperspektiven für junge Leute in ländlichen Regionen

Der Erhalt der Arbeitsplätze in ländlichen Regionen wird immer wichtiger, damit ist das Schicksal von Generationen verbunden.

2.1. Mit welchen Konzepten soll der Erhalt der Unternehmen auf dem Land sichergestellt werden?

2.2. Wie stellen Sie sicher, dass nicht immer mehr Arbeitsplätze vom Land abwandern?

Antwort auf die Fragen 2.1. und 2.2.

Die CDU steht zu dem Ziel der gleichwertigen Lebensbedingungen in Stadt und Land. Deshalb werden wir nach der Bundestagswahl eine Kommission „Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse“ einsetzen. Vertreter von Bund, Ländern und Kommunen sollen hier zusammenarbeiten

und bis Mitte 2019 Vorschläge vorlegen, wie das grundgesetzliche Ziel der Gleichwertigkeit besser und schneller erreicht werden kann und welche Änderungen dafür erforderlich sind.

Die Menschen sollen in ihrer Heimat im ländlichen Raum Bildungs- und Entwicklungschancen haben und eine Perspektive auf einen qualifizierten Arbeitsplatz. Als CDU werden wir durch eine „Offensive Ländlicher Raum“ in den kommenden vier Jahren eine gute Entwicklung in allen Regionen schaffen. Die rasante Entwicklung von Digitalisierung und Kommunikation macht es dabei möglich, dass sich auch private Unternehmen mehr als bisher im ländlichen Raum ansiedeln. Dafür ist die flächendeckende Verfügbarkeit von schneller Breitband- und Mobilfunkversorgung (5G) zwingend erforderlich. Bis 2018 soll es überall eine Versorgung mit 50 Megabit/Sekunde geben und bis 2025 soll ein Gigabit erreicht sein. Dafür stehen allein schon bis 2020 vier Milliarden Euro an Fördermitteln bereit.

Wir wollen die Digitalisierung nutzen, um auf dem Land neue hoch qualifizierte Arbeitsplätze zu bieten, Pendlerwege zu ersparen und neue Wertschöpfungspotentiale im Dienstleistungsbereich zu erschließen. Wer eine gute Geschäftsidee hat, der soll diese in Zukunft auch auf dem Land verwirklichen können. Aus nicht mehr gebrauchten öffentlichen Gebäuden wollen wir Arbeitsräume und Treffpunkte machen. Wir werden ihren Umbau zu CoWorking-Centern und Satellitenbüros fördern.

Zudem wollen wir eine Dezentralisierungsstrategie. Zur Erhöhung der Attraktivität des Ländlichen Raums ist die Errichtung von Behörden, Hochschulen und Forschungseinrichtungen in der Fläche ein geeignetes Instrument. Dies haben die Erfahrungen in Bayern eindrucksvoll bewiesen. Als CDU wollen wir, dass die Arbeit und Arbeitsplätze stärker als bisher zu den Menschen kommen.

3. Ausbau der Mobilitätskonzepte auf dem Land

Die Mobilität auf dem Land sinkt kontinuierlich; die privaten Kosten für Mobilität auf dem Land steigen.

3.1. Was werden Sie unternehmen, um die Mobilität auf dem Land zu verbessern?

3.2. Gibt es Mobilitätsalternativen (z. B. flexibler ÖPNV, Rufbus, Bürgerbus etc.) zu bestehenden Konzepten sind in Planung?

3.3. Wie wird dabei auf ältere Menschen Rücksicht genommen?

Antwort auf die Fragen 3.1., 3.2. und 3.3.

Wir als CDU werden weiterhin für gute Mobilitätsangebote sorgen. Das Auto ist das wichtigste Verkehrsmittel auf dem Land. Die Straßen im ländlichen Raum müssen deshalb weiter ausgebaut und in Schuss gehalten werden. Deshalb haben wir in dieser Wahlperiode unserer Investitionen um 40 Prozent auf Rekordniveau gesteigert. Diese hohen Mittel für Infrastruktur wollen wir mindestens verstetigen. Auch werden wir, wo immer möglich und vertretbar, die Dauer von Planungsverfahren durch Entbürokratisierung verkürzen. Dazu werden wir ein Planungsbeschleunigungs-Gesetz verabschieden. Zudem wollen wir den Erwerb des PKW-Führerscheins in begründeten Ausnahmefällen ab einem Alter von 16 Jahren unbürokratisch und einheitlich regeln. Das gilt insbesondere für die Teilnahme an beruflichen Bildungsmaßnahmen.

Gerade für Jugendliche ist es aber auch wichtig, ohne Auto zum Ziel zu kommen. Deshalb unterstützen wir die Länder dabei, den liniengebundenen Busverkehr in der Fläche auszubauen.

Dort, wo dieser nicht ausreicht, fördern wir innovative Projekte. Dazu gehören etwa organisierte Ruf- und Bürgerbusse (gerade auch für die Bedürfnisse der älteren Menschen), Car-Sharing, Ride-Sharing und kombinierter Personen- und Güterverkehr. Wir unterstützen auch die Entwicklung regionaler Plattformen, mit denen dieser Verkehr organisiert werden kann. Wir wollen dem Rückzug der Bahn aus der Fläche entgegenwirken und setzen uns dafür ein, dass Bahnhöfe und Haltestellen in ländlichen Regionen erhalten werden. Der ländliche Raum soll auch von neuen und verbesserten Fernverkehrsangeboten profitieren, alle Regionen sollen optimal verknüpft werden. Wir befürworten die Einführung von Schüler- und Azubitickets, die die berufliche Bildung für Schüler und Auszubildende auf dem Land sichert.

4. Infrastruktur/Gesundheitswesen/Nahversorgung

Die ländliche Infrastruktur dünnt aus. Geschäfte verschwinden, Arztpraxen und Krankenhäuser schließen, Banken und Apotheken wandern ab. Es entsteht eine Versorgungslücke.

4.1. Mit welchen Konzepten soll hier gegengesteuert werden?

4.2. Wie will die Politik diese Entwicklung stoppen bzw. umkehren?

Antwort auf die Fragen 4.1. und 4.2.

Maßstäbe und Regeln, wie sie für dichter besiedelte Gebiete entwickelt wurden, passen oftmals nicht für die Bedürfnisse unserer ländlichen Räume. Um auch dort eine flächendeckende Verfügbarkeit von Leistungen der Daseinsvorsorge zu gewährleisten, werden wir prüfen, welche Abweichungen, Sonderregelungen und Öffnungsklauseln notwendig sind. Dies gilt auch für Investitionsförderung und Baurecht.

Als CDU werden wir zudem die ausreichende ärztliche Versorgung in ländlichen Räumen absichern. Dazu gehören auch der Erhalt von Pflegeeinrichtungen und Krankenhäusern, die schnelle Verfügbarkeit von Notfallmedizin sowie die Versorgung mit Angeboten der Geburtshilfe und mit Hebammen, auch bei der geburtsvorsorge und -nachsorge. Wir werden deshalb die Schaffung „Ärztlicher Versorgungszentren“ fördern und bei der Studienplatzvergabe im Fach Medizin dafür sorgen, dass die Interessen des ländlichen Raums besonders berücksichtigt werden. Sprich es sollen Plätze für diejenigen reserviert werden können, die sicher verpflichtet, später auf dem Land zu praktizieren. Ergänzend treiben wir die Telemedizin voran und richten sie auch auf die Bedürfnisse des ländlichen Raums aus. So können chronisch Kranke besser versorgt und ebenso weit entfernt praktizierende Spezialisten in der örtlichen Praxis und dem regionalen Krankenhaus leichter hinzugezogen werden

5. Schulen und Kindergärten auf dem Land

Eine gute kindgerechte Infrastruktur macht das Leben in ländlichen Regionen für junge Familien attraktiv. Jedoch schließen immer mehr Schulen, wodurch die Eltern einen aufwändigen Bringservice für ihre Kleinen einrichten müssen.

5.1. Was wird getan, bzw. ist geplant, um die Schuldichte auf dem Land nicht weiter auszudünnen?

5.2. Mit welchen Ideen, Konzepten wird hier geplant und zeitnah agiert

Antwort auf die Fragen 5.1. und 5.2.

Als CDU Rheinland-Pfalz sprechen wir uns klar gegen die Pläne der SPD-geführten rheinland-pfälzischen Landesregierung aus, 41 kleine Grundschulen im ländlichen Raum zu schließen. Die rein strukturelle Betrachtung dieses Themas durch die Landesregierung, die pädagogischen Konzepten keinerlei Bedeutung beimisst, lässt zudem befürchten, dass in Zukunft noch viele weitere Grundschulen, die unter der Mindestgröße liegen, ebenfalls vor dem Aus stehen werden.

Doch fehlt die Grundschule vor Ort in der Gemeinde, geht ein entscheidendes Argument für Familien verloren, sich in den entsprechenden Dörfern eine Zukunft aufzubauen bzw. hier weiter gut zu leben. Die Wege der Kinder werden weiter und die Wege für die Kinder werden weiter und die Kosten für die Schülerbeförderung steigen. Dies würde jegliche Anstrengung und Bemühung der Ortsgemeinden zunichtemachen, gute Rahmenbedingungen für ihre Zukunft und der ländlichen Regionen zu schaffen. Grundschulen sind wichtig für den Zusammenhalt der Gemeinde. Ihre Schließung trägt dazu bei, dass die Landflucht zusätzlich Auftrieb erhält. Zudem sind kleine Grundschulen ein pädagogischer Gewinn. Die geringe Schülerzahl macht jahrgangsübergreifendes, praktisches und lebensnahes Lernen möglich. Die weiterführenden Schulen spiegeln immer wieder zurück, dass gerade Schüler dieser Schulen ruhig und konzentriert arbeiten können. Denn Still- und Gruppenarbeit sowie eine entsprechende Sozialkompetenz werden früh und nachhaltig eingeübt.

Als CDU setzen wir uns deshalb für den Erhalt der kleinen Grundschulen und ihre Einbettung in ein zukunftsfestes Demografiekonzept ein. Eine entsprechende Änderung des Schulgesetzes in Rheinland-Pfalz haben wir im Landtag beantragt.